

USA: Ermittlungen wegen Homophobie in Mormonen-Universität

Das Bildungsministerium hat die Brigham-Young-Universität im Verdacht, queere Menschen zu diskriminieren. Die Hochschule erklärt aber, als christliche Einrichtung dürfe sie das.

Das amerikanische Bildungsministerium hat Ermittlungen wegen Verletzung eines Bürgerrechtsgesetzes gegen die Brigham Young University (BYU) in Provo eingeleitet, weil die von der Mormonenkirche betriebene private Hochschule die Grundrechte von queeren Studierenden verletzt haben könnte. Laut der Tageszeitung "The Salt Lake City Tribune" sei dieser Vorgang "überraschend und selten, besonders mit kircheneigenen Bildungseinrichtungen wie der BYU". Die Ermittlungen würden nur aufgenommen, "wenn potenzielle systemische oder ernste Probleme" vermutet würden. In der BYU sind 34'000 Studierende eingeschrieben, sie ist damit die grösste Privatuniversität in Utah.

Das Bildungsministerium in Washington glaubt laut Medienberichten offenbar, dass in der Hochschule eine Diskriminierung wegen des Geschlechts nach dem Gesetz Title IX aus dem Jahr 1972 vorliegt, während die Universität argumentiert, dass sie gegen queere Menschen nach Bundesrecht diskriminieren dürfe: "BYU besteht auf dem Standpunkt, dass Text, Struktur, Zweck und Geschichte klar aufzeigen, dass der Begriff 'Geschlecht' nicht doppeldeutig ist und nur auf die biologischen Unterschiede zwischen Männern und Frauen abzieht. Darum bezieht sich Title IX nicht auf Diskriminierung wegen sexueller Orientierung oder Geschlechtsidentität", so Unikanzler Kevin J. Worthen in einem Brief an das Bildungsministerium.

Ausserdem müsse sich die BYU als glaubensbasierte Hochschule ohnehin nicht an Title IX halten, wenn die Regeln des Antidiskriminierungsgesetzes "die Doktrin der Kirche Jesu Christi in Bezug auf die Unterscheidung von Mann und Frau, die ewige Natur des Geschlechts und Gottes Gesetze zu Keuschheit und Ehe" betreffen. In den letzten Jahren hatten einige Gerichte bis hin zum Supreme Court sowie demokratische Justizministerien einen queeren Menschen umfassenden Schutz im Merkmal "Geschlecht" angenommen, dies gilt jedoch noch nicht für alle Bereiche und Gesetze, die einen entsprechenden Schutz vor Diskriminierung enthalten. Für ein bundesweites Antidiskriminierungsgesetz zu LGBTI fand sich aufgrund republikanischen Widerstandes keine Mehrheit.

Mehrere Berichte von queerfeindlichen Vorfällen

Im letzten Jahr hatten lokalen Medien über mehrere queerfeindliche Aktionen der Brigham-Young-Universität berichtet. So seien zwei Studenten zwangsexmatrikuliert worden, weil sie zugaben, ein Paar zu sein. Mehrere trans-Studierende verklagten die Hochschule wegen Diskriminierung. Ausserdem beschimpfte ein Religionsprofessor einen schwulen Studenten als Anti-Christen.

Im Lokalsender "Fox 13" erklärte der BYU-Student Christian Hunt, dass es gegen ihn mehrere Beschwerden gegeben habe, weil er eine kleine Regenbogenfahne an seiner Wasserflasche angebracht hatte. "Ich bin in Utah aufgewachsen und verstehe, dass die Mormonenkirche als unbesiegbar gilt", erklärte er. Daher halte er die Ermittlungen für "so cool". Grosse Erfolgsaussichten räumt er ihnen aber nicht ein: "Irgendwie kommt die BYU immer davon", so Hunt.

Im "Ehrenkodex" der Schule gibt es viele eigenartig anmutende Verbote auf der Basis des Mormonenglaubens – so sind etwa auf dem Campus nicht nur Alkoholkonsum und Rauchen verboten, sondern selbst das Trinken von Tee, weil dies laut der mormonischen Mythologie schädlich sei – fettiges Fastfood ist aber in Ordnung. Ausserdem sind Kraftausdrücke verboten, Frauen dürfen sich nicht zu freizügig anziehen und Männer dürfen weder Bärte noch lange Haare tragen.